



Gewerkschafter/innen gegen Atomenergie und Krieg

E-Mail: ggae@gmx.at Web: www.atomgegner.at
KONTAKT: Stiftgasse 8, 1070 Wien



www.atomgegner.at

Nr. 2 / Juli 2021

www.prodemokratie.com

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Achtung Gefahr!

Die Neutralität Österreichs wird mit Füßen getreten!

Drei Beispiele aus jüngster Zeit:

1. USA/NATO-Militär-Truppentransporte durch Österreich

Vom 7. Mai bis zum 21. Juni 2021 fanden unter Bundesheer-„Begleitschutz“ US-Truppentransporte durch Österreich für das NATO-Kriegs-Großübungs-Manöver „Defender Europe 2021“ in Osteuropa statt! Das ist ein Probegalopp der Regierung für die neutralitätswidrige Einbeziehung Österreichs in USA/NATO/EU-„Kriegsübungen“, eine gezielte Provokation gegenüber der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung, die die Neutralität befürwortet. Österreichs Regierende und das Militär treten die Neutralität mit Füßen. Das ist der Versuch, praktisch hinter dem Rücken der Bevölkerung, ohne viel Aufsehen, Fakten zu schaffen, die Bevölkerung vor vollendete Tatsachen zu stellen, daran zu gewöhnen, dass fremde Truppen in Österreich mit der Neutralität vereinbar seien.

Doch so ein USA/NATO-Truppeneinzug durch unser Land zieht Österreich in die USA/NATO-Kriegsvorbereitungen hinein und ist gegen die Neutralität und somit gegen die Sicherheit Österreichs gerichtet!

DAS IST NEUTRALITÄTSMIDRIG!

*Dagegen sind wir „Gewerkschafter*innen gegen Atomenergie und Krieg“ schon am 1. Mai 2021 vor dem Burgtheater in Wien gemeinsam mit dem „Aktionsbündnis für Frieden, aktive Neutralität und Gewaltfreiheit“ aufgetreten (Bild rechts oben).*



Und am 18. Juni 2021 beteiligten auch wir uns an einer Protestkundgebung mehrerer Antikriegs- und Friedensorganisationen vor der Burstyn-Kaserne in Zwölfaxing/NÖ. Dort machten US-Militärkonvois Zwischenstopps (Bild unten).



2. Hissen der israelischen Flagge auf dem Bundeskanzleramt

Kanzler und Außenminister hissten die israelische Fahne am Bundeskanzleramt und bezogen damit einseitig Stellung gegen die palästinensische Bevölkerung und unterstützten so die von Israel provozierten Kriegshandlungen und

rechtfertigten so die jahrzehntelange Apartheidpolitik Israels. Was überhaupt nicht gesagt wird ist, was dem jüngsten Konflikt vorausging:

* die Enteignung palästinensischer Wohnungen in Ost-Jerusalem, die diesen seit 1948 gehören und zugesichert wurden,

* die Vertreibung von palästinensischen Jugendlichen mit Blend- und Tränengasgranaten auf dem Platz vor der **al-Aqsa-Moschee** auf dem Tempelberg in der Jerusalemer Altstadt (sie gilt als dritt wichtigste Moschee des Islam) durch israelische Polizei und Militär während des Fastenmonats Ramadan am Abend beim Fastenbrechen.

* Und nicht zuletzt der Umstand, dass Netanjahu dies auch alles provoziert hat, um Premier zu bleiben und somit seinem Korruptionsverfahren zu entgehen.

Bundespräsident Van der Bellen, der als Oberbefehlshaber des auf die Neutralität vereidigten Heeres, der oberste Hüter der Neutralität sein muss, redet sich in der „Fahnen“-Frage bezüglich Israels in einem Antwortbrief auf das Bundeskanzleramt aus: *„Zur Frage der Beflaggung von Regierungsgebäuden darf ich Sie zuständigkeits halber an die Protokollabteilung des Bundeskanzleramtes verweisen.“*

Alle drei, Bundespräsident, Kanzler und Außenminister, reden salbungsvoll davon, dass Israelis wie Palästinenser ein Recht darauf haben, in Frieden zu leben. Klar. Doch die Realität ist, dass der „Frieden“ für die Palästinenser so aussieht, dass von der propagierten „Zweit-Staaten-Lösung“ bald nichts mehr übrig ist. Das zeigt ein Blick auf die folgende Landkarte:



Ausreden auf „Zuständigkeiten“ und einseitige Parteinahme Österreichs für einen Staat, der noch dazu im Kriegszustand mit einigen seiner Nachbarstaaten ist und seit Jahrzehnten mit Staatsterrorismus Apartheidpolitik gegen die Palästinenser betreibt, **DAS IST NEUTRALITÄTSWIDRIG.**

Erst jüngst hat der ehemalige Chef des israelischen Geheimdienstes Mossad mehr oder weniger offen zugegeben, dass Israel Anschläge auf den Iran und gezielte Tötungen dort vorgenommen hat (ORF, Ö1-Mittagsjournal, 11.6.2021).

3. Ernennung von Generalstabschef Robert Brieger zum Vorsitzenden des EU-Militärausschusses (EUMC) ab Juni 2022

Wer ist General Brieger?

„General Brieger ist seit 24. Juli 2018 Generalstabchef des Österreichischen Bundesheeres ... Er war zwölf Jahre lang für die militärstrategische Führung sowie die Planung und Vorbereitung der Einsätze des Bundesheeres im In- und Ausland ... verantwortlich ... unter seiner Führung als Gruppenleiter erfolgte die Planung und Vorbereitung für den Tschad-Einsatz 2008–2010 ... General Brieger kann auch auf eine langjährige Auslandserfahrung verweisen. Er absolvierte Kurse an der Führungsakademie der Deutschen Bundeswehr, an der NATO-Schule in Oberammergau und am NATO Defense College in Rom. Er war Kommandant des österreichischen Kontingents im Kosovo in den Jahren 2001 und 2002 und führte von 2011 bis 2012 als Kommandant der EUFOR-Truppe in Bosnien und Herzegowina 1.700 Soldatinnen und Soldaten aus insgesamt 25 Nationen.“ (APA, red., 19.5.2021)

Sowohl ÖVP, natürlich auch die Grünen als Mitregierende, Bundesheer, aber auch FPÖ- und SPÖ-Opposition begrüßten die Ernennung ausdrücklich. Die Neos kritisierten Brieger 2018 nur für seine Aussage, dass er das Bundesheer als „die bewaffnete Macht“ positionieren und anscheinend wieder stärker auf die territoriale Landesverteidigung ausrichten möchte, statt sich für eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik einzusetzen (APA OTS, 9.9.2018). Der Grund: die NEOS treten seit dem Nationalratswahlkampf 2019 ganz offen für eine EU-Armee und Österreichs Teilnahme daran ein. Aber jetzt dürfte Brieger auch für die Neos ganz ok sein, wird der General doch nun in der EU-Militärzentrale sitzen – für die EU-Militärpolitik, NICHT im Sinne Österreichs und seiner Neutralität. Denn wie loben Kanzler Kurz und seine Verteidigungsministerin Klaudia Tanner die Bestellung? Als Bestätigung für das Bundesheer „mit seinen zahlreichen Auslandseinsätzen“ (Kurz), bzw. „für die ausgezeichneten Leistungen der österreichischen Soldatinnen und Soldaten im internationalen Staatenverbund.“ (APA OTS, 19.5.2021).

Und was sind die Leistungen für den Schutz der Neutralität? Wird im Tschad, in Mali, im Kosovo, in Afghanistan wo überall österreichische Soldaten sind, Österreichs Neutralität verteidigt? Nein, sondern Konzern-, Profit- und Großmachtinteressen. **DAS IST NEUTRALITÄTSWIDRIG!**

Es zeigt sich, dass vom Bundespräsidenten abwärts, alle Parteien, egal ob in der Regierung oder in der Opposition, auf einer Seite stehen – gegen die Neutralität, gegen die Bevölkerung, die zu weit mehr als 80% für die Neutralität ist. Das Vorhaben ist, im Namen der Neutralität die Neutralität

tät abzuschaffen, Österreich Schritt um Schritt in die EU/NATO-Militärpolitik hineinzuziehen und die Bevölkerung mit Verschweigen oder Beschwichtigung daran zu gewöhnen.

Am Ende – so der Plan der Herrschenden – soll es dann heißen, ihr habt ja nichts dagegen gesagt. Dabei wurde den Österreicher*innen vor 25 Jahren bei der Volksabstimmung zum EU-Beitritt hoch und heilig versprochen, dass an der Neutralität nicht gerüttelt werde. Hätte man dieses Versprechen nicht gegeben, wäre die Volksabstimmung gegen den EU-Beitritt ausgegangen.

Was macht die EUMC?

Zum Beispiel: „Bei der EUMC-Sitzung am Mittwoch ging es vor allem um die Rolle der "EU Battlegroups", die bisher noch nie eingesetzt worden sind. EUMS*-Generaldirektor Herve Blejean sagte, dass die mangelnde Beteiligung der Mitgliedsstaaten an den Battlegroups die Fähigkeit der EU beeinträchtigt, schnell militärisch einzugreifen. Auch der EU-Außenbeauftragte Josep Borell habe die Bedeutung der EU-Verteidigungsinitiativen, insbesondere der Battlegroups, hervorgehoben, hieß es in einer Pressemitteilung des Rates der Europäischen Union. Mit Blick auf die aktuellen EU-Militärmissionen (EUFOR ALTHEA in Bosnien-Herzegowina, EUNAVFOR Atalanta vor Somalia und EUNAVFOR IRINI im Mittelmeer) stellten die Generalstabschefs einen "dringenden Bedarf, dass die Mitgliedsstaaten die GSVP-Missionen mit angemessenen Ressourcen, Personal, Ausrüstung und Logistik ausstatten". Im Anschluss gab es auch eine Aussprache mit dem Leiter des NATO-Militärausschusses Stuart Peach, der sich für eine noch intensivere Zusammenarbeit der EU mit der nordatlantischen Verteidigungsallianz (NATO) aussprach.“ (APA, red., 19.5.2021)

* EUMS (European Union Military Staff / Militärstab der EU) leitet die EU-Operationen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP), die Teil der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU ist.

Bedenklich, gefährlich und neutralitätswidrig

Das österreichische Bundesheer ist auf den Schutz der Neutralität Österreichs vereidigt. 2018 war Brieger dafür, das Bundesheer als „die bewaffnete Macht“ zur territorialen Landesverteidigung Österreichs, also verfassungsgemäß zur Verteidigung der Neutralität, auszurichten. Soll Brieger als EUMC-Chef „die bewaffnete Macht“ des österreichischen Bundesheeres statt zur territorialen Landesverteidigung der Neutralität, d.h. die Nicht-Kriegsteilnahme Österreichs, dann im Rahmen der EU, in der die meisten Länder auch NATO-Staaten sind, als Beitrag zur sogenannten „EU-Verteidigungspolitik“ einbringen? In eine EU, die mit ihrer „Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ mit Hilfe von PESCO, der EU-Militärunion, alle Teilnehmerstaaten (also auch Österreich) zur Aufrüstung verpflichtet und neben USA, China und Russland auch „Global (Kriegs)-Player“ sein will. Zudem versteht sich PESCO als EU-Arm der NATO, hat erst jüngst die USA, Kanada und Norwegen aufgenommen! (siehe Kasten PESCO).

Was ist PESCO?

PESCO (Permanent Structured Cooperation), die „Ständig Strukturierte Zusammenarbeit“ (SZZ) der EU startete 2017. PESCO ist laut der damaligen deutschen Verteidigungsministerin und nunmehrigen EU-Kommissionspräsidentin Ursula Von der Leyen der Start der EU-Militärunion und ein Schritt in Richtung EU-Armee (APA, 13. 11. 2017) Für die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel ist PESCO gleichzeitig der EU-Arm der NATO (Video Podcast vom 13. 11. 2019). Jüngster Beweis dafür ist, dass am 6. Mai die EU-Verteidigungsminister im Rahmen des Rates für Auswärtige Angelegenheiten, der Teilnahme von USA, Kanada und Norwegen am von den Niederlanden geführten Projekt „militärische Mobilität“ im Rahmen der PESCO zustimmten.

(<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/05/06/pesco-canada-norway-and-the-united-states-will-be-invited-to-participate-in-the-project-military-mobility/>)

Mit Hilfe von PESCO will die EU auch militärisch ein „Global Player“ werden. Österreich ist unter SPÖ-Kanzler Kern und ÖVP-Außenminister Kurz 2017 dem PESCO-Vertrag der EU beigetreten. Seitdem betreiben die ÖVP-FPÖ und jetzt die ÖVP-GRÜNE-Regierung die kontinuierliche Integration Österreichs in die PESCO.

Das ist eine gefährliche Entwicklung. Denn was bedeutet eine EU als militärischer Global Player? Vor allem von USA und NATO, aber auch immer mehr von der EU wird gegen Russland und China Stimmung gemacht (siehe G7- und NATO-Gipfel) und alle NATO-Defender-Übungen gehen von einem Krieg gegen „den Osten“ aus. Hier wird Österreich, nach der wirtschaftlichen Abhängigkeit von Deutschland nunmehr auch als Aufmarschgebiet zur Verteidigung von EU/Deutschland und der NATO eingeplant und seine Teilnahme daran eingeübt. Das heißt, österreichische Soldaten und Zivilbevölkerung sollen im Ernstfall wieder einmal als Kanonenfutter dienen. Die Erklärung der immerwährenden Neutralität vor 66 Jahren ist für die österreichische Bevölkerung die Lehre aus zwei Weltkriegen, nie wieder für Großmachtinteressen in den Krieg ziehen zu wollen!

Die Herrschenden aber haben andere Pläne mit uns. Die noch stärkere „Einbindung“ Österreichs in die EU-„Sicherheitspolitik“, d.h. Kriegs-(vorbereitungs)politik. Das ist ein neuer „Anschluss“, diesmal an die EU- und NATO-Großmächte. Die Menschen in Österreich sollen im Namen von Neutralität und Sicherheit hinters Licht geführt und darauf vorbereitet werden, letztlich in die Militär-, Aufrüstungs- und Kriegspläne von EU/NATO eingegliedert zu werden. Deshalb die Beförderung des österreichischen Generalstabschefs Brieger zum Vorsitzenden der EU-Militärkommission EUMC.

DAS IST NEUTRALITÄTSWIDRIG!

Österreich raus aus PESCO, den EU-Battlegroups, den anderen EU- und NATO-Militärkooperationen wie z.B. der sogenannten NATO-„Partnerschaft für den Frieden“. Sofortige Beendigung aller EU- und/oder NATO-Auslandseinsätze des Bundesheeres!

Impfen auf \$ € \$ € \$ € \$ € \$ € komm raus!

Gier ums Geschäft geht vor Schutz der Menschen

Voriges Jahr hieß es noch FFP2-Masken und testen, testen, testen. Dies ermöglichte einigen skrupellosen und/oder kriminellen Geschäftemachern, wie dem von Palmers und Lenzing gegründetem Joint Venture Unternehmen „Hygiene Austria“ zu profitieren. Mit fernöstlichen Masken, die dann betrügerisch, quasi mit einem „AMA-Gütesiegel“ deklariert wurden, aber auch mit inkorrekt durchgeführten Antigen-Schnelltests in Tirol mit faktisch ungültigen Resultaten durch die „Ärztzentrum Betriebs GmbH“ mit Sitz in Telfs (Tirol), das von einem Versicherungs- und Immobilienmakler gegründet wurde. Als Gipfel der unsauberen Machenschaften hat wohl das Land Tirol die Firma eines Urologen mit den PCR-Tests beauftragt, der wegen schwerer Vorwürfe und Anklagen zu fehlgelaufenen Genitaloperationen und Betrug seine Zulassung verloren hat. Nicht nur gegen die Validierung hunderttausender dieser PCR-Tests bestehen Zweifel, sondern auch bei der Einschätzung von Mutanten. Aber das Land Tirol, wo seit Ischgl ja angeblich alles richtig gemacht wurde, dürfte nur den Gipfel des Eisbergs bei dieser Gier ums Geschäft mit Masken und Tests aufzeigen. So kämpfen auch die großen Test-Laboratorien mit Unterstützung der Ärztekammer gegen die Initiative „Wien gurgelt“ der Gemeinde Wien, da bei dieser Aktion die gesamte Testdurchführung bei einem PCR-Test durch Automatisierung bis zum Resultat weniger als fünf Euro kostet und die großen privaten Testlaboratorien das zehnfache verlangen. Ähnlich günstig wäre auch ein Test, der von den österreichischen Forschungsinstituten „Institute of Molecular Biotechnology of the Austrian Academy of Science“ (IMBA) und dem „Research Institute of Molecular Pathology“ (IMP) ausgearbeitet und patentiert wurde. Mit dieser Methode können nicht nur 36.000 Proben gleichzeitig als PCR-Test abgearbeitet werden, sondern darüber hinaus kann parallel bei über 18.000 Proben eine Sequenzanalyse zum Nachweis von Virus-Mutationen durchgeführt werden. Zusätzlich könnten mit der gleichen Gurgelprobe auch zahlreiche andere virale Infektionen, wie Grippe und Rhinoviren, aber auch bakterielle Infektionen nachgewiesen werden. Mit dieser Diagnostikhilfe könnten recht sichere Behandlungen eingesetzt werden. Aber das würde wohl zum absoluten Aufstand bei den etablierten privaten Laboratorien und vielleicht sogar bei den Ärzten führen. Auch die „notleidenden“ Apotheker ärgern solche Initiativen und jene mit den registrierten Antigen-Wohnzimmertests, da mit diesen Tests auch bei den Apotheken gute Geschäfte gemacht werden. Deshalb wollen die Apotheker auch gerne

ins Impfgeschäft einsteigen. Wahrscheinlich können die akademisch ausgebildeten Pharmazeuten sogar besser mit den heiklen und temperaturempfindlichen Impfstoffen umgehen als manch praktischer Arzt, aber was macht dann der/die Magister(ra) bei einer lebensbedrohlichen Komplikation, wie einem „allergischen Schock“ die das sofortige intensive Eingreifen eines routinierten Arztes nötig macht? Damit sind wir jedoch beim neuen saisonalen Motto angelangt:

Impfen, impfen, impfen !!!!!!!!!!!!!!!

Das Geschäft wird damit von dilettantischen Geschäftemachern mit Masken aus Fernost, Tests und Handdesinfektionslösungen in die Hände der „wahren Profis“ aus der Pharmaindustrie übergeführt. So sollen in Österreich, obwohl noch immer nicht ausreichend Impfstoff für Impfwillige verfügbar ist, Genesene, Jugendliche ab 12 und Schwangere geimpft werden. Man erzeugt hier einen riesigen Druck und versucht die Bevölkerung einerseits durch die Hinweise auf die Knappheit des Impfstoffes und den dadurch hohen Wert den ein Impftermin repräsentiert und durch die angeblichen riesigen Vorteile und Begünstigungen, die man als Geimpfter gegenüber von Nichtgeimpften hat, nahezu in eine Impfeuphorie zu treiben. Es bleibt die Frage: Was sind die Ursachen für dieses intensive Drängen?

Genesene:

Es konnte gezeigt werden, dass mit Antikörpern nach einer Infektion ein recht hoher Schutz vor Wiederinfektion zumindest bis 9 Monate nach der Ersterkrankung gegeben ist. Eine Studie in Ischgl ergab, dass bei einem Anteil von 40 Prozent der Einwohner, die Antikörper nach einer vor 9 Monaten durchgemachten Erkrankung aufwiesen, die zweite Welle der Infektion für alle Einwohner von Ischgl überhaupt nicht auftrat. Die vielbeschworene „Herdenimmunität“ scheint also bei entsprechenden Vorsichtsmaßnahmen auch schon weit unter 70 Prozent vorhanden zu sein (das wird auch durch theoretische Simulationsmodelle bestärkt). Die Impfung von bereits immunen Genesenen würde die Impfergebnisse für die geimpften natürlich enorm schönen, da sie ja als Impferfolge gebucht würden. Außerdem sind sie bei etwa 700.000 genesenen Österreicher*innen (die Dunkelziffer liegt bei weit über einer Million) ein Millionengeschäft für die Pharmaindustrie. Die Wirksamkeitsdauer von den derzeit zugelassenen Impfungen ist weit geringer und für einen kürzeren Zeitraum erst nachgewiesen.

Impfen von Kindern und Schwangeren:

Nicht ohne guten Grund wird seit Jahrzehnten in der pharmazeutischen Industrie und auch von medizinischer Seite beklagt, dass es zu wenige wirksame Medikamente gibt, die für Kinder geeignet, erprobt, und zugelassen sind. Es muss bei der Behandlung häufig von den Daten für Erwachsene ausgegangen werden, das trifft aber oft wegen sehr unterschiedlicher Körper- und Stoffwechselfunktionen nicht wirklich gut zu. Der Grund ist, dass man Studien mit unmündigen Kindern kaum ethisch vertreten kann und wenn man sie doch in der dritten Welt (Indien, Bangladesch usw.) durchführt und es geht was schief und kommt an die Öffentlichkeit, ein Schaden für das Image des Konzerns entstehen kann. Der Schaden, den die Kinder dabei erleiden, haben sie meist in einer ohnehin schlimmen Weltgegend ihr ganzes Leben lang. Ähnlich ist die Lage für Frauen im gebärfähigen Alter, da bei Pharmastudien auch Schäden bei späteren Nachkommen eintreten könnten. Ganz besonders gelten die Bedenken für Schwangere. Hier besteht eine mögliche Gefahr für Mutter und Kind. Es ist daher die Eile, die an den Tag gelegt wird, mit einem Wirkstoff, der vollkommen neu ist und überhaupt nicht über einen längeren Zeitraum beobachtet wurde zu impfen, überhaupt nicht begründbar und riskant. Die ständig beschworene Gefahr durch eine mögliche Infektion kann schon deshalb nicht als Vergleich herangezogen werden, da man vor dieser ja durch Schutzmaßnahmen (eigene und durch umgebende Personen) geschützt werden kann. Wenn der Impfstoff aber im Körper ist, besteht praktisch kein Weg, den Nebenwirkungen zu entgehen.

Selbst die sonst nicht gerade zögerliche deutsche Impfkommision Stiko gibt keine Impfeempfehlung für Kinder und Jugendliche. Stiko-Mitglied Christian Bogdan hat sich erneut gegen eine "generelle Kinderimpfkampagne" ausgesprochen. "Eine Impfeempfehlung kann nicht einfach deswegen ausgesprochen werden, **weil es gerade gesellschaftlich oder politisch opportun erscheint**", sagte der Erlanger Immunologe den "Nürnberger Nachrichten". Die Wirksamkeit für Kinder und Jugendliche ab zwölf Jahren sei zwar nachgewiesen - "aber in Sachen Nebenwirkungen fehlen noch ausreichend Daten", so Bogdan. "Die Immunantwort eines Kindes kann anders verlaufen als bei einem Erwachsenen. Deswegen braucht man da mehr Daten."

Auch die Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin sieht eine Empfehlung für eine Corona Impfung von Kindern und Jugendlichen kritisch. Generalsekretär Burkhard Rodeck bemängelte im deutschen Sender MDR die geringe Datenlage in klinischen Studien. Laut Rodeck sei

die Zahl der Probanden in den klinischen Studien schlichtweg zu niedrig. Daher seien die Risiken noch gar nicht absehbar. Ähnliche Bedenken äußerte der Sprecher vom Thüringer Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte, Dirk Rühling.

Auch der deutsche Virologe Kekulé sprach sich gegen eine übereilte Impfung dieser Altersgruppe aus. Zudem werde der Infektionsdruck im Sommer sinken. **Kekulé betonte außerdem, dass es sich bei der derzeitigen Impfkation um ein "Weltexperiment" handle.** Im Wesentlichen ein unethischer Anschlag auf die Gesundheit im Weltmaßstab. **Weltärztepräsident Frank-Ulrich Montgomery spricht sich dagegen aus, Minderjährigen eine Corona-Impfung zu empfehlen.**

"Gegenwärtig gibt es noch zu wenige Daten, die Aussagen über das Risiko der Corona-Impfung bei Kindern zulassen." Es sei aber bekannt, dass der Krankheitsverlauf bei Kindern deutlich geringer und weniger gefährlich sei als bei Erwachsenen oder Betagten.

Am bedenklichsten scheinen jedoch Studien aus dem „Impfparadies“ Israel zu sein, wo das Ministerium eine Zahl von 3.000 bis 6.000 Jugendlichen zwischen 16 und 24 angibt, die nach einer Impfung mit dem Pfizer-Impfstoff an einer Herzmuskelentzündung (Myokarditis) erkrankten. Das ist eine sehr ernsthafte Nebenwirkung, die in zwei Fällen auch tödlich verlief. Selbst die impffreudige israelische Ärzteschaft ist dadurch sehr vorsichtig geworden und man macht Studien mit verzögerten zweiten Dosierungen und geringeren Dosen für Jugendliche und Kinder.

Nur in der europäischen Arzneimittelagentur (EMA) bezweifelt man ähnlich wie bei den Blutgerinnungsproblemen nach dem AstraZeneca Impfstoff die Zusammenhänge mit der Impfung und in der österreichischen Impfkommision meint man eine Herzmuskelentzündung klinge ja meisten von selbst ab und die meisten Betroffenen genesen vollständig. Zudem sei sie auch behandelbar.

Man setzt in Österreich also vehement auf eine Impfung von Kindern und Jugendlichen und übt auch schon entsprechenden sozialen Druck in den Schulen aus. Die Hoffnung auf eine „gelöste“ Sommersaison im Fremdenverkehr und schon das Schielen auf zukünftige Profite in der Wintersaison (mit Apre Ski und Disko im Kitzloch) scheinen hier starke Motive zu sein. Der „normale“ Schulbetrieb wird dabei als Vorwand benutzt. Bezeichnend ist auch, dass die Ankündigung unseres „Impfkanzlers“ über die Zusage von weiteren 40 Millionen Impfdosen von Pfizer (das wäre dann schon die vierte und fünfte Impfung) mit der Empfehlung für die Impfung von Schwangeren und Kindern zusammenfiel. Sollen vielleicht im Gegenzug die Daten zu den Müttern und über den Mutter-Kind-Pass über weitere fünf Jahre auch über die Kinder, der Pharmaindustrie zugeführt werden?

In unserer Politik scheinen also einerseits kleinräumige kommerzielle Interessen im Vordergrund zu stehen und zweitens ganz wichtig die: **„Aussicht auf eine umfassende Überwachung der Bevölkerung über die Gesundheitsdaten“**. Man kann dann auch ständig Geimpfte gegen Nichtgeimpfte, Einmalgeimpfte gegen Zweimalgeimpfte oder Dreimalgeimpfte aufbringen und ausspielen. Der Impfpass wird ein wichtiges Kriterium bei der Arbeitsplatzsuche oder dem Erhalt des Arbeitsplatzes werden.

Für Big-Pharma treiben aber riesige strategische Profiterwartungen zur Eile.

Man hat die einmalige Gelegenheit ein von der Gesellschaft in seiner Entwicklung finanziertes Impfprinzip ohne mehrjährige Erprobung anzuwenden und dies ohne irgendwelche Haftungsrisiken für mögliche gesundheitliche Folgeschäden. Man will überhaupt das vollkommen **neue m-RNA Prinzip*** als generelles Impfprinzip durchboxen und spricht jetzt auch schon bei Covid-19 von weiteren, möglichst jährlichen Folgeimpfungen. Es wird propagandistisch immer auf die enorme Forschung der Pharmafirmen verwiesen.

„In Wahrheit haben die großen Pharmaunternehmen, man sieht das am Geschäftsmodell von AstraZeneca und Pfizer, nicht selbst geforscht.“ Vielmehr sei der Großteil der risikoreichen Grundlagenforschung öffentlich finanziert worden. Durch öffentliche Forschungsgelder, die etwa an die Oxford University oder an das kleine Startup BioNTech flossen. Die großen Pharmafirmen seien erst dazugekommen, als die Impfstoff-Forschung bereits fortgeschritten war. Die Pharmafirmen würden die Impfstoffe produzieren und verteilen, den Großteil der Forschungskosten tragen sie aber nicht“, so Claudia Wild, Leiterin des Austrian Institut for Health Technology Assessment.

Moderna rechnet im heurigen Geschäftsjahr mit einem Umsatz von 16 Mrd. Euro, Pfizer allein durch den Coronavirus-Impfstoff mit einem Jahresumsatz von 21 Mrd. Euro und Johnson & Johnson mit einer Steigerung des Gesamtjahresumsatzes auf 73 Mrd. 2022. Wenn Unternehmen wie Curevac und Novavax weitere Impfstoffe auf den Markt bringen

sollten, erwarten Experten der deutschen DZ Bank einen Anstieg des Marktvolumens auf **217 Mrd. Dollar**.

Das wäre tatsächlich eine „Marktexplosion“, denn der Gesamtwert der globalen Impfstoffproduktion lag laut WHO vor der Pandemie bei jährlich **„nur“ 27 Mrd. Euro**. Das waren nur zwei bis drei Prozent des Weltpharmamarkts, der bei über einer Billion Euro liegt. Schon vor Covid-19 waren die Wachstumsraten bei Impfstoffen höher als bei anderen Arzneimitteln. Seit der Pandemie ist der Impfstoffmarkt nun endgültig ein Wachstumsmarkt. Allein der Wert der Bestellungen der EU bei Pfizer und Biontech beträgt 35 Mrd. Euro. (Quelle ORF) Die Bevölkerung trägt die gesundheitliche und soziale Last der Pandemie, aus den Steuergeldern werden die Kosten der Impfstoffentwicklung getragen und auch die Risiken übernommen, die Profite bleiben den Pharmakonzernen.

*** Das neue m-RNA Prinzip**

Bei m-RNA Impfstoffen (Pfizer, Moderna) wird wie bei den Vektorimpfstoffen (AstraZeneca, Johnson & Johnson) die **genetische Information** zur Erzeugung des Antigens (des Virus-Spikeproteins) in menschliche Zellen eingebracht und die menschlichen Zellen erzeugen dann das Antigen und präsentieren es an ihrer Oberfläche. Man kann dabei aber die Menge des hergestellten Impfantigens nicht kontrollieren und es entstehen auch Abwehrzellen, welche die körpereigenen Zellen angreifen können (zelluläre Immunantwort). Dies können Zellen des Blutgerinnungssystems sein (Thrombosegefahr), Muskelzellen (Herzmuskelentzündung) aber auch andere Zellen, wie Haut und Nervenzellen sein. Diese „seltener“ Nebenwirkungen können sofort oder in einigen Wochen einer solchen Impfung folgen, aber auch erst bei Folgeereignissen wie Infektionen oder weiteren Impfungen oder Schwächungen des Immunsystems auftreten.

Deshalb wird von zahlreichen Experten von der Impfung von Kindern und Schwangeren mit dieser Art von Impfstoffen abgeraten und auf eine Entwicklung von klassischen Totimpfstoffen gesetzt. Bei diesen, seit Jahrzehnten eingesetzten Impfstoffen werden abgetötete Viren oder zumeist nur relevante Teile davon in den Muskel eingebracht. Dort erzeugen sie eine das Virenantigen stark neutralisierende Immunantwort und zumeist nur eine moderate zelluläre Immunantwort gegen menschliche Zellen mit den oben genannten Gefahrenpotenzialen.

Dorothee von Laer, Virologin, Innsbruck:

„Wollen wir wirklich zu der Normalität einer Ich-Gesellschaft zurück, in der diejenigen erfolgreich sind, die ihre Ellbogen auch noch mit Stahlkappen ausstatten?“

Die Bilanz der Wissenschaftlerin nach einem Jahr der Pandemie ist düster: Auf einer wissenschaftlichen Ebene könne es zwar sein, dass „wir gewonnen haben“, meint sie. Fluchtmutationen und Virus-Varianten sind in den Griff zu bekommen. Auf die gewachsene soziale Ungleichheit und den fortschreitenden Klimawandel verweisend, fragt von Laer aber: **„War nicht eben diese Normalität das Problem?“**

Wiener Zeitung vom 22.4.21

(Eine) Geschichte

Es wird über den mühsamen Vorgang der Ziegelanfertigung beim Turmbau in Babylon erzählt:

Der Lehm musste gut durchgeknetet werden

Stroh war herbeizuschaffen

Daraus waren die Ziegel zu formen

Dann ab in den Ofen

Und wenn die Ziegel fertig gebrannt waren, mussten sie hinaufgebracht werden auf den Turm. So ein Ziegel war sehr kostbar, ein Schatz aufgrund der ganzen Arbeit, die nötig zu seiner Herstellung war.

Wenn aber so ein Ziegel herunterstürzte und zerbrach, so war das eine Tragödie und der schuldige Arbeiter wurde bestraft, denn der

Ziegel war so wertvoll, dass es ein Drama war, wenn er herunterfiel.

Wenn aber ein Arbeiter herunterfiel, geschah gar nichts!

Dasselbe passiert heute:

Wenn die Gewinne in den Banken ein wenig fallen, ist das eine Tragödie!

Was tun, rätseln alle! Wie kommen wir da heraus?

Doch wenn Menschen verhungern, wenn sie nichts zu essen haben, weil sie keine Arbeit haben, wenn sie nicht gesund sind und keinen Arzt bezahlen können, dann macht das gar nichts!

Wie Österreich in neue Kriege hineingezogen werden soll!

Neutralität statt Kriegsvorbereitung und Kriegsteilnahme!

Der vom Hitler-Faschismus vom Zaum gebrochene 2. Weltkrieg hat ca. 70 Millionen Tote zur Folge gehabt. Etwa 380.000 österreichische Soldaten sind im 2. Weltkrieg gefallen, weiters gab es ca. 140.000 zivile Opfer. 1948 bezogen über 400.000 Österreicher*innen eine Kriegs-, Invaliditäts-, Witwen- oder Waisenpension. In Österreich waren die Lehren aus dem 2. Weltkrieg 1945: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!

Am 26. Oktober 1955 wurde Österreichs Neutralitätsgesetz, ein Bundesverfassungsgesetz, beschlossen. Der Artikel 1 lautet:

1) *Zum Zwecke der dauernden Behauptung seiner Unabhängigkeit nach außen und zum Zwecke der Unverletzlichkeit seines Gebietes erklärt Österreich aus freien Stücken seine immerwährende Neutralität. Österreich wird diese mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrechterhalten und verteidigen.*

2) *Österreich wird zur Sicherung dieser Zwecke in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stütz-*

punkte fremder Staaten auf seinem Gebiete nicht zulassen.

Staatliche Unabhängigkeit, Demokratie, Antifaschismus, Antimilitarismus und Neutralität sind seit damals die Grundpfeiler unseres Staates! Doch diese Prinzipien werden seit langem von den Herrschenden in Frage gestellt bzw. missachtet. In den letzten 20 Jahren haben die österreichischen Regierungen viele Neutralitätsverletzungen begangen und mit der EU auch militärisch kooperiert.

Zuletzt hat am 13. November 2017 Kurz, damals Außenminister, das Dokument zur Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ = PESCO / Permanent Structured Cooperation = Militärunion der EU) im Namen der österreichischen Bundesregierung unterschrieben – entgegen unserer Verfassung, entgegen unserer Neutralität.

Zu PESCO schrieb die Berliner Morgenpost am 8.11. 2017: „**PESCO könnte für das Militär der EU einmal so bedeutsam werden wie der Euro für die Wirtschaft**“. Und die damalige deutsche

Verteidigungsministerin (man müsste Kriegsministerin sagen) von der Leyen sagte, die SSZ sei „ein weiterer Schritt in Richtung der Armee der Europäer“. (ORF 13.11.2017)

Es ist ja kein Zufall, dass von der Leyen nun die EU-Präsidentin der EU-Kommission ist. Die EU-Führung vertritt die Interessen des europäischen Großkapitals, das für neue Absatzmärkte, Rohstoffquellen, geopolitischen Einfluss auch wieder neue Kriege in Kauf zu nehmen bereit ist bzw. diese vorbereitet, provoziert oder anzettelt.

PESCO ist das milliardenschwere EU-Projekt zur Aufrüstung, Militarisierung und Kriegsfinanzierung mit dem Ziel einer EU-Militärgrößmacht mit EU-Armee und eigenständiger EU-Atomkraft. Mit den Steuergeldern der EU-Mitglieder soll alles finanziert werden, die Bevölkerung in den EU-Staaten soll dafür wieder einmal Opfer bringen. Wir brauchen diese Aufrüstung nicht, Österreich wird an seinen Grenzen von niemandem bedroht, erst die Teilnahme an EU- bzw. USA/NATO - Militarisierung gefährdet uns, zieht uns in Kriegsvorbereitungen und Aufmarschpläne hinein, macht uns zum Angriffsziel und ist staatsvertragswidrig und völlig unvereinbar mit der Neutralität.

Die EU hat seit Jahrzehnten Aufrüstungspläne

Die EU hat u.a. die offizielle Sicherheitsstudie (2009) ihres Instituts für Security Studies (ISS) herausgegeben. Da schrieb einer der Autoren, Thomas Ries, u.a. dass in der Welt zwei Gruppen herrschen: *„Die erste Gruppe sind die transnationalen Konzerne (TNK), die 1000 größten Vermögen, die 0,1% der Weltbevölkerung ausmachen. (Das ist das Finanzkapital). Die zweite Gruppe ist die OECD, das sind die EU-Staaten, Kanada und die USA. Sie machen 15% der Weltbevölkerung aus. Sie sollen, müssen mit den TNK eine symbiotische Beziehung finden“*, schreibt Ries.

Ja, die Regierungen der EU haben wirklich eine „symbiotische Beziehung“ mit dem „großen Kapital“, sie sind seine Handlager, seine Erfüllungsgehilfen. An anderer Stelle heißt es in der Studie: **Die „Sicherheits“herausforderungen der EU sind:**

1. „Schutz des globalen technischen und ökonomischen Flusses. Das braucht die sehr enge Zusammenarbeit zwischen dem Kapital, den Regierungen und der Wissenschaft und ein breites Spektrum militärischer Kapazitäten, von dem Schutz der Seewege bis zu hochtechnisierten militärischen Kapazitäten zur Intervention“.

2. „Grenzsicherungsoperationen um die globalen Reichen vor den Spannungen und Problemen der Armen zu schützen. Die EU ist eben die europäische Zentrale der großen EU-Mächte, ihr wichtigste Funktion ist sich weltweit für die Profite der vor allem EU-Multinationalen Konzerne einzu-

setzen. Die EU steht nicht nur in Kooperation mit den USA. Gleichzeitig ist die EU unter der Führung Deutschlands längst nicht nur mehr wirtschaftlich sondern auch strategisch und militärisch der Konkurrent der USA.

Um Aufrüstung und Kriege zu begründen braucht es „Feinde“, braucht es Bedrohungsszenarien von innen und von außen. Man will uns weismachen, dass Auslandseinsätze z.B. in Afrika, sei es von Frankreich, Deutschland bzw. der EU als Organisation Frieden schaffen bzw. der Terrorbekämpfung dienen, den Menschen Freiheit, Demokratie und Sicherheit bringen.

Doch bei Frankreichs, nun auch Deutschlands, bzw. den EU-Kampfeinsätzen z.B. in Mali, wo auch österreichische Soldaten dabei sind (was haben die dort eigentlich zu suchen, verteidigen sie dort die Neutralität Österreichs??!) und in anderen Staaten der Sahelzone geht es vor allem für die großen Konzerne darum, Bodenschätze bzw. geopolitischen Einfluss zu sichern. In Mali z.B. gibt es u.a. Uran- und Goldvorkommen, Bauxit, Phosphate, Salze, Eisenerze, Marmor, Blei und Zink. Hier geht es nicht um Friedens-, sondern um Profitinteressen. Das Nachbarland Niger hat die größten Uranvorkommen der Welt und ist drittgrößter Uranlieferant der Welt. Es ist Hauptlieferant für französische Atomkraftwerke und liefert heute schon 40 % des Uranbedarfs Frankreichs.

Der sogenannte Kampf gegen den Terror (vor allem sogenannter islamischen Terror) dient dort als Vorwand, für die militärische Aneignung und Sicherung afrikanischer Bodenschätze durch westliche Konzerne. Auch im 2019 erschienenen österreichischen Bundesheer-Bericht heißt es dazu das „im Rahmen der PESCO-Verpflichtungen, die unsere Regierung eingegangen ist, Österreich militärische Beiträge zur Stabilisierung des erweiterten Umfeldes im Nahen und Mittleren Osten oder in Afrika leisten müsse, um den „freien Zugang zu Ressourcen und Energieversorgung sicherzustellen“. Deswegen schickt Österreich im Rahmen der EU-Kampfeinsätze unter anderem österreichische Soldaten nach Mali zur sog. Minusma-Aktion, die formal unter UNO-Hoheit steht. Weitere Soldaten werden nach Mali im Rahmen der EUTM (EU-Ausbildungsmission) geschickt. Auch das ist ein klarer Fall von Verletzung unserer Neutralität!

„Der Westen ist zurück“

So jubelten ein Teil der Medien Mitte Juni nach dem G7- und NATO-Gipfel, an dem US-Präsident Biden teilnahm. Unter US-Präsident Trump traten die Konflikte zwischen den vor allem wirtschaftlichen Konkurrenten EU – und da vor allem Deutschland – und USA offen zutage. Nunmehr versucht Biden die EU-Konkurrenz, v.a. Deutschland (wirtschaftlich)

und Frankreich (Atomwaffen) zu bändigen, er versucht die EU verstärkt auch wieder militärisch an die Leine zu nehmen. Wie? Indem er sagt, USA und EU hätten die gleichen Interessen, die gleichen Feinde. Frankreichs Präsident Macron, der 2019 die NATO als hirntot bezeichnet hat, gab ihm insofern Kontra, dass er u.a. betonte, dass die Europäer ihre militärische Selbstständigkeit unabhängig von den USA stärken sollen.

Als die zwei Hauptfeinde der USA und der EU werden uns heutzutage tagtäglich Russland und China präsentiert.

Russland ist fast an allen Grenzen eingekreist von Staaten, die entweder in der NATO sind bzw. den USA den Betrieb von Militärstützpunkten, oft samt Raketen, bieten. Die sogenannte Bedrohung durch Russland ist nur eine Zwecklüge, um einen künftigen Krieg zu rechtfertigen, einen Krieg um Rohstoffquellen, um geopolitischen

Einfluss. Die USA, aber auch die großen EU-Staaten, wollen ihren Herrschaftsbereich ausweiten. Russland hat die größten Erdöl- und Erdgasvorräte der Welt und ist der wichtigste Staat in Eurasien. „Wer Russland beherrscht, beherrscht Eurasien, wer Eurasien beherrscht, beherrscht die Welt. (USA-Sicherheitsberater Z. Brzezinski, 1997).

Im Jahr 2019 betragen die NATO-Militärausgaben schon 1.000 Milliarden Dollar, Russlands Militärbudget hingegen 60 Milliarden. Auch die Präsidentin der EU-Kommission von der Leyen spricht davon, dass die Strategie und Struktur der Truppe auf einen Sieg gegen Russland ausgerichtet ist.

China ist neben der EU der schärfste Konkurrent der USA, wirtschaftlich hat China diese schon überflügelt. Die USA führen nicht nur einen immer schärferen Handelskrieg gegen China. Seit 20 Jahren haben sie Pläne China auch militärisch zu schwächen bzw. einzukreisen. Schon Bill Clinton und Georg Bush sagten, dass China ihr strategischer Konkurrent ist und Hillary Clinton erklärte 2011, dass die USA die nächsten 60 Jahre im asiatisch-pazifischen Raum präsent und dominant bleiben werden. Obamas Verteidigungsminister Leon Panetta sagte 2012, dass die Mehrheit der US-Seestreitkräfte (60%) im Asien-Pazifik-Raum stationiert sein werden. Das ist auch so eingetroffen.

Die größte aller US-amerikanischen Frontflotten mit 50–60 Schiffen, 350 Flugzeugen und 60.000 Mann ist die siebente Flotte im Pazifik. Sie ist auch mit den meisten Atomraketen bestückt.

Immer öfters kreuzen diese US-Kriegsschiffe im Südchinesischen Meer vor der Küste Chinas bzw. machen Militärmanöver mit Anrainerstaaten, (ca. 11.000 km von den USA entfernt). Wer bedroht hier wen? Was würde wohl die sog. Qualitätspresse schreiben, wenn chinesische Kriegsschiffe vor der Küste News Yorks kreuzen würden?



Die EU – vor allem der Wirtschafts-Hauptkonkurrent Deutschland und Atomwaffenkonkurrent Frankreich – soll für die USA mit ihrem Vasall Großbritannien in Europa gegen Osten, also gegen Russland und China politisch, wirtschaftlich und letztlich militärisch ins Feld ziehen. Österreich soll da in und mit der EU vor allem wieder einmal an der Seite Deutschlands gegen Osten mitmarschieren. Deutschland und Frankreich verfolgen dabei ihre eigenen geostrategischen Pläne gegen Russland, China und selbst gegen die USA.

Das ist brandgefährlich. Wenn die Herrschenden von Frieden reden, rüsten sie zum Krieg. Die Konkurrenz der großen Wirtschafts- und Militärblöcke um Rohstoffe, Profite und Einflusssphären treibt zum Krieg!

Österreich hat dabei nichts zu suchen: Österreichs Bevölkerung hat dabei nichts zu gewinnen nur alles zu verlieren. Gewinner sind eine Hand voll Zuliefer-Profiteure. Daher: Österreich raus aus EU-PESCO, raus aus NATO-Militär- oder sogenannten „Friedens-Partnerschaften“, raus aus EURATOM und IAEA (Atomwaffen und AKWs). Schluss mit Bundesheer-Auslandseinsätzen, JA zur politischen, wirtschaftlichen und militärischen Verteidigung der Neutralität! Auf die Neutralität ist unser Bundesheer vereidigt, nicht auf Auslandseinsätze für EU- oder NATO-Interesse.

Milliardäre sind die Gewinner der Krise

Während der Pandemie bzw. deren Folgen sind mehr als 100 Millionen Menschen in absolute Armut gestürzt. Laut Weltbank heißt das, sie haben nur 1,80 Dollar pro Tag zum Leben. (Wahrscheinlich sind es viel mehr Menschen, die in absoluter Armut leben bzw. sogar an Hunger sterben)

Gleichzeitig besagt eine Studie der US-Investmentbank Morgan Stanley, dass 2020 das Vermögen der Milliardäre weltweit auf 13 Billionen Dollar (13.000 Milliarden Dollar) gestiegen ist. Dieses Vermögen besitzen 2.700 Menschen!

In Österreich gibt es 38 Milliardäre. Das reichste Hundertstel der Österreicher*innen besitzt 40% des gesamten Privatvermögens, die reichsten 10% besitzen 2/3 des gesamten Vermögens (ca. 650 Milliarden), während die ärmste Hälfte des Landes nur 2,5 % des Vermögens besitzt. Die Reichen haben keine Krise, ihre Profitwirtschaft wird auf unserem Rücken ausgetragen, sie schafft bei der Masse der Menschen immer mehr Arbeitslosigkeit, Teuerung, Existenzbedrohung usw. ...

Die Menschen schaffen alle Werte und ja, es ist genug Geld da, es ist nur völlig ungerecht verteilt.

Kleine AKWs – große Folgen

Seit 2015 entwickelt der britische Industriekonzern Rolls-Royce „Small Modular Reactors“ (SMR), bis 2035 plant er zehn Klein-AKW in Großbritannien (FAZ, 19.5.2021). Befürworter von Kernenergie und SMRs ist auch Bill Gates. Seine Firma Terrapower will nun eine Milliarde Euro in den ersten SMR investieren. Auch Warren Buffet ist mit seiner Firma Pacificorp daran beteiligt. Der SMR beruht auf der Technik des „Schnellen Brüters“. Diese haben bisher, z.B. im deutschen Kalkar, im japanischen Monju oder der französische Superphenix, enorm viel Geld gekostet, mussten aber allesamt wegen Lecks, Baufehlern und Betriebsstörungen ohne Erfolg stillgelegt werden.

Trotzdem soll der Gate-Buffer-SMR jetzt gebaut werden ohne dass zuvor ein Prototyp getestet wird. Warum? Was die Profiteure nicht ruhen lässt ist der Umstand, dass „Schnelle Brüter“ Kernreaktoren sind, die letztlich waffenfähiges Plutonium 239 Pu – die Basis von Atomwaffen – „erbrüten“ können. Wohl auch deshalb bekommen Gates und Buffet, die zu den reichsten Personen der Welt zählen, dafür auch noch 160 Mio. Dollar aus Steuerzahlergeldern vom US-Energieministerium nachgeschmissen (Handelsblatt, 12.6.2021).

AKWs: Teuer, tödlich, die Zukunft raubend

Obwohl sich ökonomisch Strom aus AKWs ohne ungeheure staatliche Subventionen – also aus unser aller Steuergelder finanziert – längst nicht rechnet, hört die Atomlobby nicht auf. Unzählige überalterte AKWs sind noch in Betrieb, ihre Laufzeiten werden verlängert und hoch subventioniert weiter große AKWs in Österreichs Umgebung, in Großbritannien und anderswo auf der Welt weiter gebaut oder geplant.

Darüber hinaus verursacht die „Sicherung“ der nuklearen Hinterlassenschaft von Entsorgungsmaßnahmen und Atomunfällen nicht nur enorme Probleme für Gesundheit und Leben. Bis jetzt

wurden weltweit schon 646 Milliarden Euro (!) dafür aufgebracht. Laut Schätzungen der japanischen Regierung wird – sofern das überhaupt geht – die Bewältigung des Super-Mega-GAUS in Fukushima 170 Milliarden Euro (!) kosten. Zu alledem soll der Atommüll für 1 Million Jahre „sicher“ vor Menschen und Umwelt „aufbewahrt“ werden. Das ist ein atomares Vermächtnis für 40.000 Generationen. (Zahlen von Mari-Rosaria Di Nucci und Achim Brunnengraber, Forschungszentrum für Umweltpolitik der Freien Universität Berlin, zit. nach Wiener Zeitung, 11. März 2021). Das ist Gesundheits-, Lebens- und Zukunftsraub!

Vergleich zu Atomenergie im Preis

Zu tatsächlichen Strompreisen pro Megawattstunde

Atom	145 \$
Solar	85 \$
Windkraft auf Land	80 \$
Offshore-Windkraft	115 \$

Studie von der International Energy Agency (IEA)



Lebenswerte Zukunft – nur ohne AKWs und ohne Atombomben!

Erfreulich und ganz wichtig ist, dass die Bewegung gegen die Klimakatastrophe in Österreich, Fridays for Future Österreich, gegen Atomkraft als Lösung der Klimakrise auftritt – so auch am 19. März, beim weltweiten Klimastreik, an dem auch wir uns beteiligten.

Warum wird trotz alledem an AKWs festgehalten?

Warum wird trotz all dieser Gefahren und Kosten dieser Atom-Propagandafeldzug betrieben? Weil im wahrsten Sinne des Wortes um jeden Preis verschleiert werden und nicht ans Tageslicht kommen soll: Aus der militärischen Atomnutzung (Atombomben) ging die hoch subventionierte,

volkswirtschaftlich völlig unwirtschaftliche und tödliche Atomnutzung für Strom (AKW) hervor. Durch AKWs wiederum kann spaltbares Material für Atombomben hergestellt werden. Ein tödlicher Profit-Kreislauf, der neuerdings mit der Profit-Propaganda „Atomkraft dient dem Klimaschutz“ verschleiert werden soll.

Dazu passt, dass die Lobbyorganisation der Energiekonzerne, die Internationale Energieagentur (IEA) und auch der Chef der UNO-Atomenergieagentur (IAEA), die internationale Lobbyagentur der Atommafia, meint, dass die Klimaziele nur mit Atomkraft erreichbar seien. Auch der Weltklimarat (IPCC), der die UNO berät, redet bei Atomstrom von „klimafreundlicher“ Stromerzeugung (siehe: www.spiegel.de, 26.10.2020).

Zum Verkauf des MAN-Werkes in Steyr

Jetzt hat der VW-Konzern das MAN-Werk in Steyr überraschend doch an „Investor“ Siegfried Wolf verkauft. Warum?



MAN-VW und Siegfried Wolf kamen mit dem Versuch, mit leeren Versprechungen und der Methode „Friss oder stirb“ eine schnelle Zustimmung für den Ausverkauf des MAN-Steyr-Werkes bei der Urabstimmung zu erreichen, nicht an ihr Ziel. Der jetzige überfallsartige Verkauf von MAN-Steyr durch den VW-MAN-Konzern ohne Einbeziehung der Belegschaft an Siegfried Wolf – nachdem man zwei Monate offensichtlich mit „nachgebesserten“ Plänen Scheinverhandlungen mit der Belegschaft geführt hat, ist eine Flucht nach vorne des MAN-VW-Konzerns, weil

- MAN-VW mit seinen Schließungsplänen und Siegfried Wolfs 1. Angebot nicht durchgekommen ist
- die Belegschaft, gestützt auf ihr 2/3-NEIN der Urabstimmung, sich nicht auf leere Ver-

sprechungen eingelassen hat und auch dem Druck und den Drohungen und einer Meinungsmache von Politik und Medien nicht gewichen ist

Die Belegschaftsvertretung hat völlig berechtigt in ersten Stellungnahmen nach dem Verkauf von MAN-Steyr an Siegfried Wolf darauf hingewiesen, dass

- man das alles schon im Jänner hätte angehen können, es jetzt eben eine Betriebsübergabe ist, bei der der neue Eigentümer alle Rechte und Pflichten übernehmen muss – also auch den gekündigten Standortsicherungsvertrag bis 2030
- dass vieles, das als „Rettung“ in den Medien kursiert wie ein Sozialplan nach deutschem Vorbild mit Turboprämie usw. nur vage ist, nur irgendwie in irgendeiner Art und Weise einfließen soll
- es derzeit nicht um Kündigungen gehe, weil es mehr statt weniger Arbeit im Werk gibt und dafür eher mehr statt weniger Beschäftigte benötigt werden. So braucht MAN-VW auch mit Siegfried Wolf als Eigentümer die Arbeit der Steyr-Belegschaft bis ins Jahr 2023 hinein für die MAN-LKW-Produktion und Lackierung.

Nach wie vor gilt:

- die Belegschaft hat frei zu 2/3 gegen Wolfs „Angebot“ abgestimmt. Doch die Medien verbreiten Wolf-Interviews, dass die Beschäftigten nicht frei abgestimmt hätten bei der Urabstimmung, ihnen ein Nein empfohlen wurde, sie zu teuer arbeiten, deshalb für die drohende Schließung selbst verantwortlich seien und endlich zur Vernunft kommen sollten. Doch

bekanntlich sind die Schließer MAN-VW, die die LKW-Produktion ins billige Polen verlagern

- Siegfried Wolf ist das – nun aufgetauchte – U-Boot des MAN-VW-Konzerns, mit dem er engstens durch Sitz in verschiedenen Gremien von VW, MAN, Traton verbunden ist
- Statt MAN-VW soll jetzt der neue Eigentümer Siegfried Wolf für MAN produzieren lassen – mit nur mehr 1.250 Arbeitern und Angestellten und 100 Lehrlingen der ursprünglich rund 2.360 Beschäftigten und 15 % Kürzung des Nettogehalts für die Verbleibenden
- die gesamte Belegschaft, erst recht Gekündigte, die keine Zukunft mehr haben, könnten beim Arbeits- und Sozialgericht auf Einhaltung ihrer Arbeitsplatzgarantie klagen
- das Risiko der Einhaltung bzw. Abgeltung des 1 bis 2 Milliarden schweren, einseitig von MAN-VW gekündigten Standortsicherungsvertrages bis 2030 für das MAN-Steyr-Werk ist nach wie vor ungelöst, der MAN-VW-Konzern hat es nun an Siegfried verkauft:
 - Auf die Fragen (Ö1-Mittagsjournal, 11.6.2021), ob ihm die Ankündigung der Einklagung des Standortsicherungsvertrages Kopfzerbrechen bereite und warum diesmal gleich ohne Abstimmung der Eigentümerwechsel unterzeichnet wurde, sagte Wolf: *„Ich weiß nicht, wer hier schon wieder zum Schüren beginnt. Ich habe kein Problem, mit jedem Mitarbeiter ein Einzelgespräch zu führen ... „Weil wir mit jedem Einzelnen eine maßgeschneiderte Lösung finden müssen.“ MÜSSEN? Klar, denn nur so kann Wolf „maßgeschneidert“ bei jedem Einzelnen versuchen, die in Summe milliardenschweren Ansprüche aus der Standortsicherung nicht bezahlen zu müssen.*
- Die Nachbesserung sah und sieht so aus, dass nicht der neue Eigentümer Wolf, sondern die öffentliche Hand, also die steuerzahlenden arbeitenden Menschen selbst, die Kosten für allfällige Ex-MAN-Steyr-Beschäftigte über Stiftungen, AMS oder Altersteilzeit übernimmt.
- Im Prinzip hat sich an der Ausgangslage für die MAN-Steyr-Beschäftigten nichts geändert: Siegfried Wolf will mehr denn je Einzelgespräche führen, also ein „nachgebessertes“ **FRISS oder STIRB-2-Programm** starten. Denn da geht es vor allem darum, in „maßgeschneiderten Einzelgesprächen“ mit den Arbeitern und Angestellten von MAN-Steyr für bloße Fortführungs-Versprechungen im Gegenzug Lohn- und Gehaltskürzungen, einvernehmliche Kündigungen mit „Turboprämien für Schnellentschlossene“, jedenfalls Verzicht auf alle alten Ansprüche, die milliardenschwere Standortsicherung „maßgeschneidert“ wegzubekommen.

Bezeichnend ist auch, dass alle Parteien und Medien so tun, als sei das Werk gerettet, dass Siegfried Wolf der Retter sei, man sich geeinigt und die Belegschaft das nun endlich eingesehen hätte.

Zum Beispiel schreibt Georg Wailand in der Kronen-Zeitung, 12.6.2021: *„Es hat einige Zeit gedauert, bis die Mehrheit der Belegschaft diesen geraden Weg verstanden hat.“* Widerlich. Er tut so, als seien die Arbeiter und Angestellten zu blöde um zu „verstehen“, dass Wolf der Retter sei und alles was er anbietet zu akzeptieren sei. Hier wird absichtlich für die nicht eingebundene Öffentlichkeit so getan, als sei alles unter Dach und Fach, daher brauche es auch keine Aufmerksamkeit mehr für die Anliegen der Steyr-Beschäftigten, keine Solidarität mehr mit ihnen.

Doch geeinigt haben sich vorerst nur Verkäufer (MAN-VW-Konzern) und Käufer (Siegfried Wolf) über den Eigentümerwechsel und dass vorerst weiterhin in Steyr LKW für MAN-VW produziert werden sollen, weil MAN-VW ohne die Produktion in Steyr schnell Lieferprobleme bekäme. Auch das ist nichts Neues, das wollte und will MAN-VW immer schon – solange bis die billigere Produktion in Polen starten kann.

Alle sollen bluten für MAN-VW und Siegfried Wolf

Was der „harte Arbeiter“ Siegfried Wolf (Selbstdefinition, Ö1, Mittagsjournal, 11.6.2021) vorhat, kann man im Wolf-Interview in der „Kronen-Zeitung“ vom Sonntag, 13.6.2021 (die folgenden Zitate sind daraus) erfahren. Wolf, für den angeblich Geld *„längst keine Motivation mehr“* ist, der *„genügend Geld habe“* und sich *„freut ... jetzt ein Werk zu besitzen“*, über:

- Garantien: *„... kein Arbeitgeber kann Garantien geben“*
- Erfolg und Zukunft: Da sind die anderen gefordert: *„Wenn mich die Mannschaft bei der Umsetzung unserer (von wem, welche?) Visionen unterstützt, wenn die Zurufer, die es immer besser gewusst haben, alle ein Produkt von Steyr kaufen, und wenn mir das Glück noch ein bisschen hold ist, dann gibt es über den Erfolg dieses Unternehmens keine Zweifel.“* Aha: Wenn, wenn, wenn – also Konzept Kristallkugel!
- Schuld an der Situation? *„Es hat seinen Grund gehabt, warum das Werk mit seiner Kostenstruktur nicht mehr wettbewerbsfähig war ... Ich gebe niemandem die Schuld ... Zuletzt hat man es ein bisschen überreizt.“* Tatsache ist, dass die VW-LKW- und Bustochter Traton für 2021 einen Auftragsrekord verzeichnet und eine operative Umsatzrendite von 5,0 bis 7,0 Prozent erwartet. (Die Presse, 10.5.2021). Auch MAN-Steyr machte immer Gewinne! MAN-VW will nur noch billiger produzieren und noch mehr

Profit machen – jetzt schon mit Wolf als Eigentümer in Österreich, dann erst recht mit dem neuen VW-MAN-Werk in Polen.

- Belegschaft und Zulieferer: Drohung und Schuldzuweisungen:
 - Schon im ZIB-Nacht-Interview am 10.6.2021 wiederholt Siegfried Wolf zum x-ten Mal zur Urabstimmung, dass viele dagegen waren, weil es ihnen „angeordnet“ wurde
 - „Auch wenn es ... zu Lohneinschnitten von 15 Prozent netto kommt, liegen wir immer noch mehr als ein Drittel über dem Kollektivvertrag. Da kann ich nicht mit der Motorsäge kommen (aber mit „Einzelgesprächen“, Anm. d. Red.) und auf das zurückgehen, was das Gesetz mir vorschreibt.“ Aber Ziel von Wolf ist offensichtlich Lohn- und Gehaltsdumping. Nur der Widerstand von Belegschaft und Betriebsrat lässt das bislang nicht zu.
 - Auch die Zulieferbetriebe sollen es billiger geben: „Für Betriebe im Zulieferbereich gilt: Bitte erhaltet euch die Wettbewerbsfähigkeit. Sonst kriegt ihr keine Aufträge mehr.“
- Was und wem MAN-VW bzw. der neue Eigentümer Wolf nicht mehr braucht, soll die öffentliche Hand, Bund, Länder, die Steuerzahler*innen finanzieren: z.B. die Kosten für gekündigte Steyr-Beschäftigte über Stiftungen, AMS oder Altersteilzeit

Was nach 2023 kommt, steht in den Sternen.

Aber Ja und Amen sagen soll man schon jetzt. Selbst die auf der Seite von MAN-VW und Wolf stehende und stets gut vernetzte „Kronen-Zeitung“ datiert „Die Pläne für das Werk in Steyr“ nur bis 2024! (Kronen-Zeitung, 12.6.2021, Seite 8-9)

Dass MAN-VW das Werk in Steyr jetzt an Siegfried Wolf verkauft hat, hat damit zu tun, dass sich der VW-Konzern nicht nur der Milliardenzahlungen aus der Standortsicherung bis 2030 entledigen will, sondern sich durch die Kooperation noch zusätzlich Profite herausholen will.

Wolf nützt MAN-Steyr für seine russischen GAZ-Fahrzeugproduktion als Plattform, um in den Westen liefern zu können, MAN-VW nutzt Wolfs GAZ als Sprungbrett, um in den Osten expandieren zu können. Beide wollen so mehrfach profitieren. Geopfert dafür sollen die Steyr-Arbeiter werden. Sie sollen durch Lohn- und Gehaltsverzicht oder Jobverlust all diese Geschäftemacherei finanzieren.

Das war und ist der Plan von MAN-VW und Siegfried Wolf – ohne Garantien für die Steyr-Beschäftigten:

„Weiters wäre der MAN-VW-Konzern durch den Eigentümerwechsel an keine Garantie zum Erhalt des Standorts und der Arbeitsplätze mehr gebunden, was für den VW-Konzern eine zusätzliche Milliardenersparnis bedeutet. Und: „Sollte das ganze schiefgehen, könnte man das Werk Steyr immer noch einfach in Konkurs schicken.“ (Branchen-Magazin „Traktuell“, 25.3.2021).

Diese Einschätzung des Brancheninsiders beweist, dass das schon immer der Plan war!

Solidarität zeigen:

Button zum Bestellen: 1,- Euro/Stück excl. Porto



Wir danken unseren Leser*innen und Spender*innen für die Unterschriftenlisten „Solidarität mit den MAN-Steyr-Beschäftigten!“

Wie kann es weitergehen?

- Alter wie neuer Eigentümer betrachten das Werk Steyr mehr als Spekulationsobjekt denn als Produktionsstätte. Es zeigt, dass sie keine Verantwortung übernehmen, ja sich ihrer Verpflichtungen entziehen wollen. Ihnen allen ist kein Vertrauen entgegenzubringen.
- Die Belegschaft hat gezeigt, dass sie mit sich nicht einfach so fuhrwerken lässt, sich kein X für ein U vormachen lässt und weiß, was sie kann und wert ist. In Wirklichkeit führen sie tagtäglich den Betrieb. Ohne sie würde kein einziger LKW das Werk verlassen.
- Gestärkt durch die Urabstimmung können die Beschäftigten und ihre Betriebsrät*innen leichter den Begehrlichkeiten und Einflüsterungen aus Politik, Wirtschaft und mancher „Sozialpartnern“, die es alle „gut mit ihnen meinen“, widerstehen, diese entkräften und zurückweisen und so Wege finden, die ihren Interessen entsprechen.

Was die Steyr-Belegschaft auf ihrer Seite hat ist:

- Ihre Kampfbereitschaft und Organisationskraft, die sie im Warnstreik und bei der Protestkundgebung mit 5.000 Teilnehmer*innen bewiesen haben
- die Unterstützung aus der ganzen Region und von tausenden Betriebsrät*innen aus Betrieben aus ganz Österreich
- ihr kräftiges Nein aus der Urabstimmung
- das Damoklesschwert der Fälligkeit der milliardenschweren Standortverpflichtung für den Eigentümer Wolf
- dass MAN-VW MAN-Steyr jedenfalls bis 2023 zur LKW-Produktion benötigt
- am Standort Steyr die Komponentenherstellung im internationalen MAN-Produktionsverbund,
- den Betrieb Europas größter Lackieranlage für Lkw-Kunststoffanbauteile
- nicht zuletzt einen Streikbeschluss der Gewerkschaften, der jederzeit eingesetzt werden kann

- Wie sagte es der früherer MAN-Steyr-Betriebsratsvorsitzende Erich Schwarz: „**MAN produziert im Verbund. Sollte es nötig sein abzustellen, dann steht die ganze MAN.**“

Das gilt nach wie vor und mehr denn je.

Was bislang großangelegt und sichtbar fehlt:

Aufruf und Mobilisierung der Mitglieder von ÖGB, AK, SPÖ österreichweit zu öffentlichen Kundgebungen. Denn der Erhalt von Steyr und der Kampf um jeden Arbeitsplatz gegen die Profiteure – und seien sie als Wolf im Schafspelz – ist im Interesse der ganzen Region, im Interesse ganz Österreichs. Denn: Gehen diese Machenschaften von Konzernen, Investoren usw. gemeinsam mit der Politik in Steyr durch, geht es wo anders auch leichter durch.

(Quelle: Text vom Österreichischen Solidaritätskomitee, 14.6.2021 oesolkom@gmx.at * www.prosv.at)

Was es alles gibt!

Der Energiecharta-Vertrag:

Während der umweltbewusste Bürger Müll trennt und vermeidet, weniger oder gar nicht mit dem Auto fährt, sein Haus dick dämmt, heimische Produkte kauft um weite Transportstrecken zu vermeiden usw., um nur ja seinen persönlichen „Ökologischen Fußabdruck“ gering zu halten, pulvern Energiekonzerne, die in fossile Brennstoffe investiert haben, nach wie vor ungeheure Mengen an CO₂ in die Atmosphäre. Und zwar gegen alle Bestrebungen, das Weltklima zu schützen. Im Gegenteil, diese Bestrebungen stoßen den Geldhaien mit den fossilen Brennstoffen sauer auf, weil sie ihre Profite schwinden sehen. Das könnte uns gleichgültig sein, denn wer heute noch in fossile Brennstoffe investiert, dem ist sowieso nicht mehr zu helfen. Aber: jetzt kommt der „Energiecharta-Vertrag“ (E-Vertrag) ins Spiel! Das ist ein mächtiges Werkzeug für die fossilen Konzerne! Denn aufgrund dieses Vertrages können sie Staaten, die umweltfreundliche Maßnahmen setzen und also ihren Profit mindern, auf diesen Verlust klagen! Und zwar sind nicht nur vorhandene Investitionen in fossile Energien geschützt, sondern auch zukünftige Gewinne daraus!!!

Der E-Vertrag wurde Anfang der 1990er-Jahre von 51 europäischen und asiatischen Staaten beschlossen (auch von Österreich). Inzwischen hatte der E-Vertrag schon seine negative Wirkung: Als Deutschland den Atomausstieg verkündete klagte der Energiekonzern Vattenfall auf Schadenersatz. Die Niederlande wurden nach Verkündung des Kohleausstieges von RWE geklagt. Österreich wurde noch nicht geklagt, aber mit jeder Initiative in

Richtung Klimaschutz könnte das passieren. Um die Milliardenklagen der Konzerne zu vermeiden, geschieht es inzwischen gar nicht mehr so selten, dass Klimamaßnahmen zurückgenommen oder abgeschwächt werden.

Konzerne haben im E-Vertrag einen Weg gefunden, ihre privaten Profitinteressen gegenüber demokratisch gewählten Regierungen durchzusetzen. Neuen Recherchen zufolge stoßen die durch den E-Vertrag geschützten fossilen Investoren bis zum Ende ihrer Laufzeit noch rund 57 Gigatonnen CO₂ aus. Das ist mehr als doppelt so viel, wie die gesamte EU noch ausstoßen darf, wenn sie sich an das 1,5-Grad-Ziel halten möchte.

Damit steht der E-Vertrag eindeutig im Konflikt mit dem Pariser Klimaabkommen. Seit 2020 verhandeln nun die Mitglieder des Vertrages über Veränderungen. Eine schwierige bis aussichtslose Sache bei den massiven Gewinninteressen bzw. -verlusten, die für die Konzernprofiteure damit verbunden sind. Der einzig gangbare und schon derzeit mögliche Weg ist ein Ausstieg aus diesem Wahnsinnsvertrag! Italien ist diesen Weg schon gegangen. Schließen wir diese Hintertür für alle Profiteure, damit sie nicht weiter unsere Welt kaputt machen können und werfen wir ihnen nicht länger unser Steuergeld in Milliardenhöhe in den Rachen! Es ist ungeheuerlich! Die großen Energiekonzerne ruinieren das Klima zugunsten ihrer Milliardenprofite und zwingen dann noch unsere Regierungen mit dem E-Vertrag, ihnen Milliarden Entschädigungen aus unseren Steuergeldern zu zahlen! So läuft das kapitalistische Profitsystem! Aber das wollen und können wir uns nicht mehr leisten!

(Quellen: Wiener Zeitung, 22.4.2021; Süddeutsche Zeitung, 4.3.2021)

Eisberge

Um 429 Milliarden Tonnen verringert sich die Eismasse der Pole jährlich. Das macht zwei Drittel des globalen Anstieges des Meeresspiegels aus = 1,80 Meter noch in diesem Jahrhundert. Der Anstieg des Meeresspiegels hat sich seit den 1950er-Jahren beschleunigt, in den Küstenregionen der Erde wie etwa in Lagos in Nigeria oder in Bangladesch, mit deutlichen Folgen. Durch Flut-katastrophen verlieren

jedes Jahr Millionen von Menschen ihr Zuhause. Derart drastische Folgen des Klimawandels sind nur zu verhindern, wenn die in Paris formulierten Klimaziele erreicht werden und es gelingt, die Erderwärmung auf 1,5 bis 2 Grad zu beschränken. Jetzt schon treiben riesige Eisberge (Schelfeis) auf dem Meer und bringen, wenn sie durch Temperaturwechsel zusammenbrechen, gigantische Mengen an Wasser in unsere Meere ein. (Quelle: Wiener Zeitung vom 8.4.2021)

„Klimaschutzgesetz“

Profitschutz statt Klimaschutz

Die türkis-grüne Regierung hat als Folge des Klimavolksbegehrens u.a. versprochen, einen Klimabeirat und ein Klimakabinett zu installieren und hat einen Entwurf zum Klimaschutzgesetz vorgelegt. Bleibt das so, entpuppt sich das „Klimakabinett“ als Gruselkabinett für die arbeitenden Menschen und zum Profitschutzkabinett für Unternehmer und Konzerne. Denn, so heißt es im Entwurf, wenn die Regierung bei der Erreichung der Klimaziele scheitert, dann kommt es automatisch zu Steuererhöhungen, z.B. bei der Mineralölsteuer (Treibstoffe) und der Erdgasabgabe (Heizen). Für einen 4-Personen-Haushalt, der auf 100 m² lebt und mit Gas heizt, bedeutet das um rund 300 Euro pro Jahr mehr (Wiener Zeitung, 27.5.2021).

Die Wirtschaftskammer (WK), die ja bekanntlich mit echtem Klimaschutz nichts am Hut hat, sieht neuerdings durch Klimaschutz, Energiewende und CO₂-Bepreisung 300.000 neue Jobs (Kurier, 19.6.2021): Aber nur, wenn die „Rahmenbedingungen“ stimmen, so WK-Boss Maher. Und das heißt: „Kapitalertragssteuerbefreiung auf grüne Investitionen“, also Steuerbefreiung für Unternehmer. Laut Mahrer gäbe es nämlich bereits ein hohes Niveau an Energieabgaben, in Summe rund 17 Milliarden jährlich. Umgekehrt ist Mahrer auf einmal für Steuererhöhungen: „Ja, die Besteuerung wird noch höher sein müssen, wenn wir CO₂ einen fairen Preis geben und umweltschädigendes Verhalten besteuern.“ Wie die Grüne Ministerin Gewessler ist der türkis-schwarze WK-Chef dafür: Klimasünder müssen zahlen, Klimafreunde erhalten einen Bonus. Doch Verbraucher*innen können in der Regel aufgrund der Gegebenheiten und ihrer Einkommensverhältnisse schwer „Klimafreunde“ sein. Sie können sich kein gar nicht so umweltfreundliches, aber sauteures E-Auto kaufen, keine teure Solar- oder Biomasseanlage auf/in ihrem Haus errichten, weil sie keines oder nicht das nötige Geld dazu haben. Auch bei Förderungen für Wohnbausanierung, Heizkesselumstellung usw. müssen sie noch selbst viel drauflegen oder wird ihnen von den Hauseigentümern Investitionskosten weiterverrechnet werden.

Zudem: Bei den von Mahrer angegebenen 300.000 Jobs sind die meisten nicht wirklich neue, sondern bestenfalls nur andere Jobs. Was bleibt ist Unternehmer- und Konzernfinanzierung durch neue Massensteuern im Namen von Klimaschutz. Unbeantwortet bleibt die Frage, warum die bereits vorhandenen 17 Milliarden Euro an Energieabgaben jährlich nicht schon jetzt nachhaltig für den Umwelt- und Klimaschutz sowie für gut bezahlte Arbeit eingesetzt werden?



Neuerliche Suche nach einem Atommülllager

Umweltministerin Leonore Gewessler kündigte den Start der neuerlichen Atommüllagersuche in Österreich an.

Österreich hat die Atomkraft 1978 abgelehnt, kein AKW und somit auch keinen hochradioaktiven Atommüll. Trotzdem wird seit mehr als 30 Jahren immer wieder versucht, ein Atommülllager in Österreich zu errichten. Die Pläne mussten Anfang der 1990er aufgrund der massiven Proteste der Bevölkerung aus den damals vorgesehenen Standorten, der Bürgerinitiativen gegen Atommüll (BIGA), deren Teil auch wir „Gewerkschafter*innen gegen Atomenergie und Krieg“ sind, zurückgezogen werden.

Schon damals war klar: aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Zu groß ist das Interesse der Atomlobby am Atomgeschäft – auch mit dem radioaktiven Atommüll. Die Handlanger der Atomlobbysind die je-

weiligen Umweltminister*innen, egal ob zuerst rot, dann schwarz, türkis oder jetzt grün.

So ist Österreich 2009 still und leise der Europäischen Endlager-Entwicklungsorganisation (European Repository Development Organization, ERDO) beigetreten. Diese arbeitet auf Basis der EURATOM-Richtlinie 2011/70, die einen Nationalen Aktionsplan bzw. Entsorgungsplan (NEP) für strahlende Abfälle verlangt.

Die EU-EURATOM-ERDO vertritt das Konzept, dass ein Land, das ein Atommülllager hat, auch den Atommüll eines anderen Landes einlagern soll. Das heißt, der Staat, der zuerst ein Endlager errichtet, läuft gemäß EURATOM-Richtlinie Gefahr, letztlich auch radioaktiven Abfall anderer Staaten lagern zu müssen – oder aus Sicht des Geschäftsinteresses der Industrie, lagern zu dürfen: **Gefährlicher Transit und Import von radioaktivem Atommüll in Österreich wären die Folge.**

Ebenso unter Ausschluss der Öffentlichkeit wurde 2015 das Strahlenschutzgesetz aufgrund besagter EURATOM-Richtlinie 2011/70 geändert.

2018 hat die türkis-blaue Regierung in einer Nacht- und Nebelaktion versucht, einen Atommülllager-Plan durchzudrücken. Viele Umweltorganisationen und Atomgegner*innen, darunter auch wir, haben dies vehement abgelehnt. Siehe dazu unsere Stellungnahme unter: http://atomgegner.at/wp-content/uploads/2020/11/Atommüll_GGAE_NEP_Mai_2018.pdf

Und 2020 wurde mit einem EU-Vertragsverletzungsverfahren gegen Österreich das Prozedere für ein Atommülllager in Gang gesetzt.

Statt entsprechend dem Atom-Nein-Volksentscheid aus EURATOM und IAEA, der europäischen und der internationalen Atomlobbyorganisationen auszutreten, und somit ein EU-Atommülllager in Österreich zu verhindern, wurde und wird weiter an der Atomschraube gedreht und dienert sich die Industrie der EU fürs Atom(müll)geschäft an. Das ist ein Grund, warum auch Gewessler keinen Austritt aus EURATOM, sondern nur eine „Reform“ anstrebt. Zugleich wird das EU-Vertragsverletzungsverfahren als willkommener Anlass genommen der Bevölkerung zu sagen, wir können halt nicht anders.

Im März 2021 wurde ein „Entsorgungsbeirat“ gegründet. Dieser soll bis 2024 Vorschläge für ein Endlager ausarbeiten. Dabei ist selbst gemäß EU-EURATOM-Vorgabe dazu bis 2045 Zeit. Warum das Vorpreschen jetzt?

Wie gesagt, die Industrie will schnell ins Atomgeschäft kommen. Bislang haben sich aber rote wie schwarze und türkise Umweltminister*innen am Atommüll-Protest die Zähne ausgebissen oder das Thema vor sich hergeschoben. Jetzt hofft die Atomlobby ihre Wünsche leichter mit einer „grünen“ Umweltministerin durchzubringen. Die soll, noch dazu von Global 2000 kommend, als Grüne den Umweltbewegten und Atomkritikern den Wind aus den Segeln nehmen und

ein Atommülllager in Österreich wohl als ökologisch sinnvoll und nachhaltig verkaufen, hofft die Atomlobby.

So hat Gewessler gleich einmal „Transparenz“ angekündigt. Doch schon alles, das seit 1 ½ Jahren passierte, ist hinter verschlossenen Türen abgelaufen – bis hin zur Installierung des „Entsorgungsbeirates“. In diesem Gremium fallen die Entscheidungen, die dann „transparent“ im Nachhinein via Medien verkündet werden. Brav gelernt bei Basti, Frau Gewessler.

*

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken für die Zusendungen und Spenden, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache auch weiterhin benötigen! Auftreten gegen: Wirtschaftskrise, Krieg und Militarisierung, Atomrüstung, AKW-Bau und Klimawandel. Nur gemeinsam können wir eine bessere Zukunft erreichen.

Von keiner Firma, Partei oder Gewerkschaftsfraktion abhängig, ist unser Auftreten nur durch ehrenamtlichen Einsatz und durch Spenden unserer LeserInnen und AktivistInnen möglich! Alle, die unsere Auffassungen teilen, laden wir herzlichst zur aktiven Mitarbeit ein.

*Mit kollegialen Grüßen
„Gewerkschafter*innen gegen
Atomenergie und Krieg“*

Spendenkonto bei der BAWAG P.S.K.

IBAN: AT19 6000 0101 1022 7650

BIC: BAWAATWW; **Empfänger*in:**

Gewerkschafter gegen Atomenergie,

Verwendungszweck: Spende

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. ZVR 100322133

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift "Gewerkschafter gegen Atomenergie" ist zu 100 % der gleichnamige Verein, Stiftgasse 8, 1070 Wien. Vorstand: W. Leisch, H. Schriffel, H. Tschida



Österreichische Post AG

SP 20Z042140 S

Gewerkschafter gegen Atomenergie

Stiftgasse 8, 1070 Wien

Datenschutzerklärung siehe:

www.atomgegner.at/datenschutzerklaerung-impresum/